

Datum: 12.10.2015

Pressemeldung

SGSA zu den Kosten für Asylbewerber und Flüchtlingen: **Spitzabrechnung zur Sicherung der kommunalen Haushalte nötig**

Magdeburg.- „Vor den Hintergrund der extrem angespannten Finanzlage der Städte, Gemeinden und Landkreise in Sachsen-Anhalt erwarten wir eine komplette Übernahme der Kosten für Asylbewerber und Flüchtlinge im Wege einer Spitzabrechnung“, betonte der Präsident des Städte- und Gemeindebundes Sachsen-Anhalt, Norbert Eichler, heute nach einer Präsidiumssitzung in Magdeburg. Das SGSA-Präsidium hatte zunächst mit Innenminister Holger Stahlknecht die aktuelle Lage erörtert und die Finanzsorgen der Kommunen thematisiert.

Eichler verwies darauf, dass es in den regulären Haushalten der Kommunen keinerlei Spielraum für zusätzliche Leistungen gebe. Vielmehr spitze sich die Lage der Kommunen auch durch zusätzliche personelle Anforderungen zu. Deshalb halte er es auch für „unerträglich“, dass mit einem zusätzlichen „Benchmark best practice“ den Städten und Gemeinden Gelder im Finanzausgleich entzogen würden, die diese gerade jetzt dringend brauchten. „Der Landtag ist jetzt gefordert, in den Schlussberatungen zum Nachtragshaushalt und zum Finanzausgleich verantwortungsvoll den Städten und Ge-

meinden einen verlässlichen Finanzrahmen zu geben“, betonte Eichler mit Blick auf die anstehenden Landtagssitzungen in dieser Woche.

Auch bei der Entschlackung von Rechtsnormen sieht der SGSA dringenden Handlungsbedarf. SGSA-Vizepräsident Dr. Eberhard Brecht bezeichnete es als grotesk, dass das Bauministerium statt Vereinfachungen im Baurecht nur eine noch kompliziertere Erlasslage produziere. „Wir sind bereit, unbürokratisch und zielsicher zu helfen, aber dafür muss das Land auch Rechtsgrundlagen schaffen, die im Nachhinein nicht Bürgermeister in den Regress führen“, betonte Eberhard Brecht. Die Erfahrungen mit den unbürokratischen Hilfen nach den Hochwässern seien nicht eben ermutigend.

Die Oberbürgermeister der kreisfreien Städte, die Landräte und die kommunalen Spitzenverbände werden am Dienstag mit dem Ministerpräsident noch einmal die Lage erörtern.